

1.3. Einstieg in den Ausstieg? Afghanistan als Verpflichtung des Westens

Wolfgang F. Danspeckgruber

Im neunten Jahr der militärischen Operationen in Afghanistan zeichnet sich ab, dass die internationale Gemeinschaft in naher Zukunft ihre Truppenpräsenz in Afghanistan reduzieren und die Verantwortung an die Afghanen übertragen will. 2011 und 2012 scheinen die entscheidenden Jahre zu werden und alle nationalen Strategien werden auf diesen Zeithorizont hin ausgerichtet. Die Erwähnung des Jahres 2011 in Präsident Obamas Westpoint-Rede letzten November hat den Zeitfaktor vor Ort und in der Region wesentlich hervorgehoben, auch wenn nun alles getan wird, dies wieder zu relativieren. Die zunehmenden humanitären und materiellen Kosten über die lange Dauer des Einsatzes verstärken den Druck zusätzlich. Selbst wenn in den ISAF-Hauptstädten immer wieder zu hören ist, dass man Afghanistan nicht von heute auf morgen sich selbst überlassen wird – Bundeskanzlerin Merkel nennt dies „Übergabe in Verantwortung“ – so lassen doch die allgegenwärtigen Sparmaßnahmen und die anhaltende Wirtschaftsmisere sowie die 2012 anstehende Präsidentschaftswahlen in den USA Gegenteiliges vermuten. Darum erscheint es heute eher unwahrscheinlich, dass die internationale Gemeinschaft ihre finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau Afghanistans auf dem bisherigen Niveau über das Jahr 2012 hinweg aufrechterhalten wird.

Dem aufmerksamen Beobachter sowohl vor Ort als auch in der Großregion um Afghanistan ist nicht entgangen, dass sich seit den Präsidentenwahlen im August 2009 die Atmosphäre in Afghanistan selbst, zwischen einzelnen Gruppen, zwischen Afghanistan und manchen Nachbarstaaten sowie zwischen Afghanistan und der internationalen Gemeinschaft nachhaltig verändert hat. Durch zunehmende Ernüchterung vor Ort hinsichtlich der negativen Auswirkungen der Operationen der internationalen Truppen, einer offenkundigen Verschlechterung der Sicherheitslage und dem Eindruck, dass die internationale Gemeinschaft eigentlich nur noch Minimalziele verfolgt und sich auf den *Exit* vorbereitet, sinkt das afghanische Vertrauen in die internationale Staatengemeinschaft nachhaltig. Ein Indiz für



Wolfgang F. Danspeckgruber, geb. 1956, Gründungsdirektor des Liechtenstein Institute on Self-Determination, Princeton University. wfd@princeton.edu

ein beginnendes Endstadium im Verständnis der Afghanen ist unter anderem auch, dass sich viele Akteure in Afghanistan sowie der Region auf „die Zeit danach“ – also die Zeit mit reduziertem internationalen Engagement und Präsenz – vorbereiten.

Ernüchterung in den truppenstellenden Staaten

Allerdings lässt sich seit geraumer Zeit nicht nur innerhalb der afghanischen Bevölkerung eine zunehmende Ernüchterung feststellen, sondern auch aufseiten der Wähler in den truppenstellenden Staaten. Nach Jahren des internationalen Engagements und hohen finanziellen Aufwendungen für Afghanistan sind die Wähler unzufrieden mit dem bisher Erreichten. Ihnen scheint man heute von der ursprünglichen Zielsetzung des Wiederaufbaus und Befriedung Afghanistan weiter entfernt zu sein als zu Beginn des Engagements am Hindukusch 2001. Es wird auch klarer, dass die Chance, Afghanistan rasch wieder aufzubauen, durch die Auswirkungen des Irakkrieges und des Tsunami nachhaltig reduziert wurde. Fortlaufend negative Berichterstattung aus Afghanistan, seien es die Vorwürfe der Wahlmanipulation, Berichte über weitverbreitete Korruption besonders hinsichtlich der Familie von Präsident Karzai, zivile Opfer und vermehrte eigene militärische Opfer, beeinträchtigen die öffentliche Zustimmung zum Afghanistaninsatz in vielen ISAF-Ländern zusätzlich. Angesichts drohender Arbeitslosigkeit, ökonomisch schwierigen Zeiten, der bereits langen Dauer der militärischen Operationen und der offenbaren Schwierigkeit, die Situation nachhaltig zu verbessern, ist dem Wähler nur schwer eine Sinnhaftigkeit des kontinuierlichen und teuren Einsatzes in Afghanistan zu vermitteln. Dies verstärkt natürlich den Druck auf viele Regierungen, rasch eine Verminderung des Engagements am Hindukusch herbeizuführen.

Hinzu kommen Schwierigkeiten aus der Region: Afghanistans östlicher Nachbar Pakistan sieht Afghanistan als sein strategisches Hinterland und versucht sich gleichzeitig den USA und der internationalen Gemeinschaft als Schlüssel zur Zukunft Afghanistans anzubieten. Die ISAF-Truppen benötigen pakistanisches Gebiet für den Transport von Nachschub – dies gibt zusätzlichen Einfluss. Da viele Paschtunen auch in Pakistan leben, ist eine enge Verbindung zwischen den beiden Ländern gegeben. Dies spielt insbesondere eine Rolle



Weiterlesen:

D. Chandler,
Domestic Dynamic behind
Humanitarian Intervention
WeltTrends 38

bei möglichen Verhandlungen und die Einbeziehungen von gemäßigten Elementen der Taliban sowie auch für den Handel und die Infrastruktur zwischen Indien und Afghanistan. Indien ist sich der geostrategischen Bedeutung Afghanistans als Hinterland Pakistans bewusst und fördert darum selbst Entwicklungsprojekte in Afghanistan. Indien hat schon immer zusammen mit dem Iran die Nord-Allianz unterstützt. Indien genießt in Afghanistan großes Ansehen und profitiert auch von familiären Bindungen zwischen beiden Ländern. Iran, der schiitische westliche Nachbar Afghanistans, hat wiederum Einfluss in den westlichen Teilen des Landes, ist besonders in Herat, aber auch in Bamian präsent. Der Iran hatte entscheidend dazu beigetragen, dass die Verhandlungen auf dem Bonner Petersberg mit Afghanistan 2001 positiv abgeschlossen werden konnten. Es scheint allerdings, dass der Iran gegenwärtig angesichts zunehmender Spannungen mit der internationalen Gemeinschaft infolge der eigenen Nuklearambitionen versucht, sich alle strategischen Optionen offenzuhalten, da er von einer Umzingelung durch US-amerikanische Streitkräfte (im Irak, im Golf, und in Afghanistan) ausgeht. Auch wenn das Hauptaugenmerk der internationalen Gemeinschaft auf das gewichtige Verhältnis Afghanistan-Pakistan gerichtet ist und dabei natürlich auch Indien einkalkulieren muss, so ist die Situation in und um Iran ebenfalls mit zu bedenken. Eine dramatische Verschlechterung, insbesondere eine militärische Verschärfung der Krise zwischen der internationalen Gemeinschaft und Iran hätte dem gemäß katastrophale Auswirkungen auf die Stabilität in Afghanistan.

In Afghanistan selbst ist die Lage heute schwierig. Zum einen scheint sich das Land langsam von den mehr als 30 Jahren Konflikt und Zerstörung zu erholen und vielerorts beginnt sich die Lage etwas zu normalisieren, besonders im Norden und Westen des Landes. Insgesamt besuchen mehr als 70 Prozent der Kinder die Schule und die Menschen gehen ihren Geschäften nach (ich selbst habe Kabul noch nie so gut in Schwung gesehen wie bei meinem letzten Besuch im Juli dieses Jahres). Die Fragen von Arbeitsplatz, Einkommen und persönlicher Sicherheit (Kriminalität) sind aufgrund der noch immer katastrophalen Wirtschaftslage das Hauptproblem. Hinzu kommt die grassierende Korruption und die zunehmende persönliche Unsicherheit. Noch immer sind zwei Drittel der Bevölkerung

Analphabeten und über 60 Prozent arbeitslos. Der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen ist besonders hoch und viele von diesen haben bereits mehrere Kinder. Beinahe eine ganze Generation ist ohne Schulbildung aufgewachsen und der Aufbau von höheren und berufsbildenden Schulen geht nur schleppend voran, ist aber essenziell für die Zukunft des Landes. Allerdings hat das Gesundheitswesen große Fortschritte gemacht und ungefähr 80 Prozent der Afghanen haben heute wenigstens einen Zugang zu – wenngleich auch sehr bescheidener – medizinischer Versorgung. Elektrizitätsversorgung, Transportkapazität und Infrastruktur bleiben jedoch sehr problematisch und behindern die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig. All dies ist übrigens auch bei den erfreulichen Berichten über Rohstoffvorkommen zu bedenken.

Das Hauptaugenmerk der Unterstützung sollte vor diesem Hintergrund auf Ausbildung, Arbeitsplatzbeschaffung und Einkommen gerichtet werden. Dies würde auch mithelfen, den Einfluss der Taliban zu untergraben. Die Afghanen wollen mehr Souveränität, *Afghan Empowerment* und Verantwortung. Dem entspräche, ihnen mehr des bereitgestellten internationalen Hilfsgeldes anzuvertrauen und nicht nur wie bisher ca. 25 bis 30 Prozent. Auf der Kabul-Konferenz am 20. Juli dieses Jahres einigte man sich schließlich auf 50 Prozent. Dies könnte auch das nationale Ansehen der afghanischen Regierung stärken, wenn die Afghanen selbst im Verteilungsprozess eingebunden sind. Allerdings bedeutet mehr Verantwortung auch, verantwortungsvoll und korrekt zu arbeiten.

Die Taliban sind noch immer gefürchtet, besonders bei Frauen und Mädchen – diese dürfen keinesfalls der Preis für den Abzug werden. Grundsätzlich ist der Großteil der Bevölkerung darum nach wie vor für den Verbleib der internationalen Kräfte. Es gibt aber auch so manche Afghanen, die fürchten, dass ihr neu erworbener Reichtum und Einfluss ins Wanken gerät und sie durch den internationalen Abzug gefährdet werden. Diese neue Schicht der wirklichen Profiteure des internationalen Engagements sind in kürzester Zeit zu für Afghanen unvorstellbarem Reichtum gekommen. Dieser plötzliche Reichtum einiger weniger ist leider ideales ideologisches Öl für das Feuer der Taliban und der Aufständischen Afghanistans. Profiteure werden vom Taliban als das Resultat internationaler Hilfeleistung dargestellt, um damit den



Weiterlesen:

P. Parhisi,
Rechtsstaat in Afghanistan?
WeltTrends 69

Afghanen darlegen zu können, wie fehlgeleitet das internationale Engagement ist. Es ist eine wichtige Aufgabe der afghanischen Regierung, den zum Teil sehr korrupt erwirtschafteten Reichtum zu untersuchen. In Afghanistan versucht gegenwärtig jeder selbst, für sich und seine Familie, Clan, Stamm oder ethnische Gruppe das Bestmögliche herauszuholen. Diese zusehends spannungsgeladene Dynamik lädt auch ein zur Manipulation hinsichtlich ethnischer Zugehörigkeiten durch interessierte Nachbarstaaten.

Klarerweise ist für alle Afghanen „die Zeit danach“ unsicher. Es ist wichtig, besonders auch im sozialpolitischen Bereich Missstände zu verhindern oder zu minimieren, da solche sich leicht zu sozialen Krisen und zu neuem Konfliktstoff ausweiten könnten. Im angespannten innerafghanischen Verhältnis sollte möglichst vorbeugend zur Stabilisierung beigetragen werden. Das schwierige Verhältnis zwischen Präsident Karzai und manchen ISAF unterstützenden Staaten sowie internationalen Vertretern trägt zur Ungewissheit weiter bei.

Quo vadis?

Wir befinden uns in der entscheidenden Phase für Afghanistan, die Region, aber auch für die internationale Gemeinschaft und die NATO. Entweder man findet nun einen Modus Vivendi, der sowohl den Erfordernissen Afghanistans als auch den Forderungen der internationalen Gemeinschaft Rechnung trägt, oder die Situation wird noch viel schlechter und unter Umständen gefährlicher werden. Zum einen muss eine neue regionale Übereinkunft, *a new regional compact*, gefunden werden. Diese hat nicht nur Afghanistans sechs Nachbarstaaten (Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, China, Pakistan) einzubeziehen, sondern auch solche regionalen Akteure wie Indien, die Türkei, Russland, die Golfstaaten und Saudi-Arabien. Die UNO, EU, OIC müssen dabei eine wichtige Rolle spielen. Zum anderen ist es sicher wichtig, alle relevanten afghanischen Akteure an einen Tisch zu bekommen. Insofern sind die Friedens-*Jirga* und der von Präsident Karzai unlängst eingesetzte Friedensrat sehr wichtig. Aber all dies muss ein afghanischer Prozess sein, nach afghanischen Kriterien, der Verfassung, und entsprechend afghanischer Vorstellungen und Zeitplänen sowie unter afghanischer Führung. Zu viel internationale Kontrolle,

besonders aber auch zu großer Einfluss der Nachbarstaaten kann dem Erfolg nur zuwiderlaufen. Dem Ganzen muss entsprechend Zeit gegeben werden, Druck ob internationaler Zeitpläne wäre völlig widersinnig.

Es geht hier insbesondere auch um die Wahrnehmung, um die Signale, die durch die internationale Staatengemeinschaft und Akteure ausgesandt werden; es geht um die Perzeption. Ganz wichtig ist es klarzustellen, dass alle an einem Erfolg in Afghanistan interessiert sind und diesen auch wirklich wollen. Nicht Worte, sondern Taten sind dabei entscheidend. Die Planung und Umsetzung der Übergabe der Verantwortung an die Afghanen muss nicht *für* diese, sondern *mit* ihnen geschehen. Die neuen Strategien von General Petraeus zum Schutz der Zivilisten (ursprünglich eingeführt von Gen. McChrystal) und die damit verbundene starke Reduzierung von afghanischen Toten und Verletzten durch Gefechtseinwirkungen ist sicher erfolgreich, die dennoch steigenden Verluste werden nun vor allem durch die Aufständischen und ihren IEDs und Selbstmordattentaten hervorgerufen. Gemeinsam mit Afghanen ist dagegen vorzugehen. Auch die Afghanen selbst müssen die Hauptträger der wichtigen Korruptionsbekämpfung sein. Die internationale Gemeinschaft soll dabei unterstützend wirken, aber eben den Afghanen die Führung überlassen. All dies braucht Zeit! – entspricht aber einer guten Transition. Ebenso kann dem Drogenanbau nur gemeinsam Einhalt geboten werden. Ein probates Hilfsmittel wäre unter anderem eine Ankurbelung der Landwirtschaft durch vermehrte Abnahme durch die in Afghanistan präsenten internationalen Akteure und Organisationen.

Ein Debakel lässt sich nur verhindern, wenn die internationale Gemeinschaft trotz aller gegenwärtigen Widrigkeiten an ihrem Engagement in Afghanistan festhält und dies auch nachhaltig zu verstehen gibt – *perception forms reality*. Wir können und dürfen Afghanistan nicht verlieren – die Folgen wären unabsehbar. Wir können nur gemeinsam, sowohl militärisch als auch zivil, mit den Afghanen, ihren Nachbarn und einer geeinten internationalen Gemeinschaft erfolgreich sein, und dem konfliktgeplagten Afghanistan helfen, wieder ein friedliches und stabiles Land zu werden und einen gewissen Wohlstand zu erreichen. 🌍